

(Ministerin Behler)

(A) viel mehr Instrumente benötigen, um das positiv zu entwickeln.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Frau Ministerin. - Wir sind damit am Ende der Beratungen zum Einzelplan 05. Entsprechend der Verabredung zwischen den Fraktionen findet die Abstimmung zum Einzelplan 05 nach der Beratung über den Einzelplan 06 statt.

Ich rufe nunmehr **Nummer 3** auf:

Einzelplan 06: Ministerium für Wissenschaft und Forschung

Ich verweise auf die Beschlußempfehlung und die Drucksache 12/806, **eröffne die Beratung** und erteile zunächst für die CDU-Fraktion dem Abgeordneten Kuhmichel das Wort. Bitte sehr.

Manfred Kuhmichel (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vor wenigen Wochen wurde das 25jährige Bestehen des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung in unserem Land feierlich gewürdigt. Selbstverständlich ist auch dieses Jubiläum Anlaß zur Freude über das bisher Erreichte. Es gibt aber auch gute Gründe zur kritischen Besinnung und für aufrichtige Vorsätze angesichts zahlreicher Probleme. Was die Vorsätze betrifft, gibt das von Ministerin Brunn dem Wissenschaftsausschuß vorgelegte Programm für die Jahre 1995 bis 2000 auf dem Papier durchaus Anlaß zu vorsichtigem Optimismus. Da ist nämlich die Rede von mehr Autonomie und Selbststeuerung, von innovativen Akzenten und neuen Gestaltungsspielräumen für die Hochschulen in unserem Lande.

Diese wahrlich positive und hoffnungsfroh stimmende Perspektive gipfelt schließlich in dem fast schon vermächtnishaften Satz:

"Wissenschaftsministerium, Hochschulen und Forschungseinrichtungen müssen eine neue Kultur des Gesprächs und der Erneuerung entwickeln."

Der Satz wiegt wirklich schwer, Frau Ministerin, weil er nicht nur bisherige Versäumnisse einräumt, sondern auch Besserung gelobt.

Doch so sehr ich mich über diesen zumindest verbalen Aufbruch zu neuen Ufern in der Hochschulpolitik unseres Landes gefreut habe, habe ich bei meinen Hochschulbesuchen, die mit zahlreichen an der Sache orientierten Gesprächen verbunden sind, zumeist vergeblich nach der Einlösung Ihres Versprechens gesucht. Dies gilt sowohl für das Kollegialverhältnis von Teilen Ihres Ministeriums zu den von administrativen und politischen Vorgaben betroffenen Hochschulen als auch für den von der Koalition und leider auch von Ihnen geprägten zumeist arroganten Umgang mit konstruktiven und zukunftsweisenden Vorschlägen und Initiativen der Opposition. Von einer neuen Kultur des Gesprächs und der Erneuerung keine Spur! Ich beschränke mich heute auf nur vier Beispiele:

Erstens. In einer Resolution zeigen sich unsere Universitäten von den einschneidenden Haushaltsentscheidungen der Landesregierung überrascht. Sie sprechen von einem problematischen Reformverständnis des Ministeriums zu einer Zeit, in der Hochschulen und Landesregierung zur gemeinsamen Bewältigung der unbestritten schwierigen Probleme in Bund und Land aufgerufen sind.

Sie machen deutlich, daß die Wissenschaftspolitik unseres Landes durch den Abzug von Mitteln und Stellen immer mehr in einen unauflösbaren Widerspruch zwischen angekündigter Qualitätsverbesserung in Forschung und Lehre sowie Nachwuchsförderung einerseits und tatsächlichem fiskalischem Verhalten andererseits gerät.

Man befürchtet eine Erosion der Reformvorhaben. Bei allem Verständnis für den Ausbau der Fachhochschulandschaft, so hört man, dürften sich die Universitäten nicht zum Steinbruch für diese Zielsetzung entwickeln.

Die Fachhochschulen ihrerseits fürchten angesichts der allgemeinen Haushaltslage und des sich verstärkenden Gegendrucks der Universitäten um ihre Weiterentwicklung, verbunden mit den von vielen Seiten hochgelobten Perspektiven und Optionen. Welch große Chance, in diesen von allgemeiner Unsicherheit und zunehmendem Vertrauensverlust geprägten Hochschulzeiten mit der plakativ angekündigten neuen Kultur des Gesprächs und der Erneuerung endlich zu beginnen! Deshalb möchten wir schon heute mit Blick auf die Vorbereitungen zum Haushalt 1997 eine baldige konzertierte Aktion zwischen Wissenschaftsministerium, Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Politik anmahnen. Es gilt dabei, die von

(C)

(D)

(Kuhmichel [CDU])

- (A) allen Hochschulen eingeforderte Planungssicherheit bei Mitteln und Stellen herzustellen sowie die Auslastungsprobleme und angedachte Schwerpunktbildungen in unserer Hochschulstruktur eingehend zu erörtern.

Darüber hinaus ist es nach meinem Eindruck dringend geboten, die unterschiedlichen Aufgabenstellungen und Profile von Universitäten und Fachhochschulen und ihr konstruktives und partnerschaftliches Zusammenwirken vor dem Hintergrund einer modernen, innovativen und effektiven Wissenschafts- und Forschungspolitik in Nordrhein-Westfalen offen und fair zu diskutieren und zu definieren.

Zweitens. Die Landesregierung hat für die zweite Hälfte dieser Legislaturperiode die Vorlage eines sogenannten schlanken Hochschulgesetzes angekündigt, das alle bisherigen Gesetze zusammenfassen soll. Abgesehen von der Frage, ob ein neues Gesetzesvorhaben unabdingbar ist und von den Betroffenen wirklich herbeigesehnt wird, wird in den Gesprächen vor Ort immer wieder die große Sorge deutlich, am Ende einmal mehr vor vollendeten Tatsachen zu stehen.

- (B) In unserem Antrag "Mehr Eigenverantwortung und weniger Staat an den nordrhein-westfälischen Hochschulen" haben wir noch im Januar versucht, möglichst fraktionsübergreifend die Sorgen unserer Hochschulen aufzugreifen und ein Monitum an die Landesregierung zur rechtzeitigen Einbeziehung der Betroffenen bei der Vorbereitung und Erarbeitung neuer Gesetzesstrukturen einzufordern. Die Ablehnung unserer Initiative war wiederum kein Beweis für die neue Kultur des Gesprächs und der Erneuerung.

Drittens. Auch die Diskussion über eine eventuelle Neuordnung des Hochschulzugangs wurde von uns im Dezember vorigen Jahres in den Landtag getragen. Wenn auch bei diesem wichtigen Thema Regierung und die sie tragende rot-grüne Koalition mit polemischen Attacken am liebsten das Gespräch sofort verweigert hätten, kommt es am 16. April im Landtag zu der von uns beantragten Anhörung, auf die viele, die in der Hochschulpolitik unseres Landes Verantwortung tragen, interessiert warten. Offenbar setzt man in unserem Land immer noch auf die angekündigte neue Kultur des Gesprächs und der Erneuerung im Hochschulbereich, und dies zuallererst mit dem Blick auf unsere Studierenden und ihre Studienbedingungen.

Viertens. Apropos Studierende und Studienbedingungen: Wir alle wissen, es steht auch um die Finanzen für den Hochschulbau und die dringend notwendigen modernen Geräte nicht gut. Die Ministerin hat in ihrer Einführung zum Haushalt 1996 darauf deutlich hingewiesen. Angesichts einer solchen Situation sind jedoch über das finanzielle Engagement des Bundes hinaus auch die Länder und so auch unser Land in ihrer Eigenverantwortung gefordert, dringende und unabweisbare Investitionen vorzunehmen. Die Zeiten knapper Zuwendungen von außen müssen in Verantwortung für unsere Studierenden in Nordrhein-Westfalen auch unsere Selbsthilfekräfte aktivieren. Es reicht nicht aus, sich in den Schmollwinkel hochschulpolitischer Schuldzuweisungen gegen Bonn zurückzuziehen und tatenlos die Defizite in Lehre und Forschung zu beklagen.

Unsere Landtagsfraktion hat deshalb bei den Haushaltsberatungen im Wissenschaftshaushalt beantragt, ein mit 100 Millionen DM ausgestattetes Landesprogramm Hochschulerneuerung und Forschungsförderung in Nordrhein-Westfalen für 1996 zusätzlich in den Wissenschaftshaushalt einzustellen. Dieses landeseigene Programm soll die knapp bemessenen Hochschulbaumittel aus der Bund-Länder-Finanzierung ergänzen. Mit diesen Mitteln sollen besonders dringliche Bau- und Sanierungsvorhaben gefördert und die technische und apparative Ausstattung modernisiert werden, um Forschung, Entwicklung und Lehre besser als zur Zeit sicherzustellen.

Die Finanzierung dieses Programms soll aus dem Verkaufserlös einiger Landesbeteiligungen erfolgen, weil notwendige Investitionen in den Hochschulbereich auch eine besondere Kreativität und besondere Anstrengungen bei der Finanzierung verdienen.

Wir bedauern es außerordentlich, daß die rot-grüne Koalition diese zusätzlichen Mittel in Höhe von 100 Millionen DM dem Wissenschaftshaushalt und damit den Lehrenden und Lernenden kommentarlos verweigert hat. Allerdings werden wir diesen richtungsweisenden Antrag, der die Bedeutung der Wissenschaftspolitik in der CDU-Fraktion unterstreicht, erneut im Plenum zur Abstimmung stellen.

Wir hoffen dabei ganz besonders auf ein Umdenken bei den GRÜNEN, die noch vor Jahresfrist in der Oppositionsrolle vitale finanzielle Initiativen für unsere Hochschulen eingefordert haben und

(C)

(D)

(Kuhmichel [CDU])

- (A) nun in der Gefahr stehen, im Regierungsbündnis ihre einstige hochschulpolitische Kampfkraft und Frische endgültig einzubüßen und gemeinsam mit der SPD in Düsseldorf Stillstand und Mangel zu verwalten und ansonsten auf Bonn zu schimpfen.

Frau Ministerin, Sie haben in Ihrem oben zitierten Arbeitsprogramm auch ausgeführt, daß mehr darüber nachgedacht werden müßte, wie Information und Kommunikation verbessert und die Motivation aller Beteiligten gestärkt werden können. Auch dies liest sich gut und ist wohl richtig. Denn Motivationsprobleme gibt es mehr oder weniger an allen Hochschulorten. Dabei wissen wir doch alle, daß Motivation besonders dann erwächst, wenn Spielräume für Kreativität eröffnet, Leistungen besser als bisher gewürdigt und die angekündigte neue Kultur des Gesprächs und der Erneuerung auch wirklich entwickelt werden.

Deshalb, Frau Ministerin, abschließend nur ein kleiner Tip: Lassen Sie Ihren hehren Worten doch einfach die notwendigen Taten folgen. Wir werden Sie gern dabei unterstützen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

- (B) **Präsident Ulrich Schmidt:** Vielen Dank, Herr Kollege Kuhmichel. - Für die SPD-Fraktion erteile ich dem Abgeordneten Kessel das Wort.

Dietrich Kessel (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit dem Entwurf zum Haushalt des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung hat die Landesregierung deutlich gemacht, daß Wissenschaft und Forschung in Nordrhein-Westfalen Priorität haben. Während die Steigerungsrate des Landeshaushaltes bei 1,3 % liegt, soll der Wissenschaftshaushalt nach den Vorschlägen der Landesregierung um 3,3 % wachsen.

Die Anträge der Koalitionsfraktionen führen zu einem weiteren Anstieg der Ausgaben für die hochschulpolitischen Aufgaben des Landes. Es ist in besonderem Maße der Wissenschaftshaushalt, der von den Umschichtungen innerhalb des Landeshaushalts profitiert. Die Anträge der Koalition zeigen, daß sie die begrenzten finanziellen Spielräume des Landes insbesondere für die Förderung von Wissenschaft und Forschung nutzt. Von Abzug, Herr Kuhmichel, wie Sie es eben behauptet haben, von Mitteln und Stellen kann - so leid es

mir tut - aus meiner Sicht keine Rede sein, wenn man den Wissenschaftshaushalt durchsieht. (C)

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Gehen Sie einmal an die Hochschulen!)

Unsere Anträge tragen zur Verwirklichung der Ziele nordrhein-westfälischer Hochschulpolitik bei. Wir wollen die Voraussetzungen für Innovationen in den Hochschulen verbessern. Wir wollen die Hochschulen in die Lage versetzen, sich verstärkt an der ökonomischen und ökologischen Erneuerung des Landes zu beteiligen.

Das dritte Ziel unserer gemeinsamen Anträge ist: Wir wollen zur Verbesserung der Förderung von Frauen in den Hochschulen beitragen.

Nach einer Antwort von Ihnen, Herr Kuhmichel, auf die Frage, was denn die Ziele der Opposition in Sachen Hochschulpolitik seien, sucht man in Ihren Anträgen zum Wissenschaftshaushalt vergebens. Warum die Opposition die Chance nicht genutzt hat, durch Anträge zum Einzelplan 06 ihre hochschulpolitischen Ziele zu verdeutlichen, bleibt ihr Geheimnis. Wenn diese Sprachlosigkeit so zu deuten ist, daß der CDU zur Hochschulpolitik der Landesregierung und dieser Koalition nichts Besseres eingefallen ist als den Koalitionsfraktionen, dann läßt sich damit gut leben.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Aber Sie müssen bei der Wahrheit bleiben!) (D)

Präsident Ulrich Schmidt: Herr Kessel, würden Sie eine Frage von Herrn Kuhmichel zulassen?

Dietrich Kessel (SPD): Nein, denn ich möchte meine Ausführungen gerne fortsetzen.

Bei der Abfassung der wenigen CDU-Anträge scheint das schlechte Gewissen die Feder geführt zu haben. Etwas anderes, als daß sie mit Ihren Anträgen dazu beitragen wollen, die unzureichende Mitfinanzierung von Baumaßnahmen im Hochschulbereich durch den Bund zumindest teilweise zu kompensieren, fällt einem bei diesen Anträgen nicht ein. Denn statt der vom Wissenschaftsrat empfohlenen Beteiligung des Bundes am Hochschulbau in Höhe von 2,45 Milliarden DM stellt der Bund bekanntlich 1996 nicht mehr als 1,8 Milliarden DM zur Verfügung. Die Liste der deshalb auf der Strecke bleibenden Baumaßnahmen auch in nordrhein-westfälischen Hochschulen

(Kessel [SPD])

(A) ist lang. Uns würde es schon interessieren, Herr Kuhmichel, ob die CDU mit ihren Anträgen dem Bund signalisieren will, daß sie nichts dagegen hätte, wenn er sich ein weiteres Stück aus seiner Verantwortung für die Hochschulbaufinanzierung verabschiedete.

Auch wenn manche es fast schon als selbstverständlich ansehen, so gehört es doch zu den bemerkenswertesten Positionen des Wissenschaftshaushaltes 1996: die Fortführung des Hochschulsonderprogramms I. Vor fünf Jahren von Bund und Ländern gemeinsam vereinbart und jeweils zur Hälfte von beiden Partnern finanziert, hat sich die Bundesregierung bisher nicht dazu bereitgefunden, sich an der Weiterführung dieses Programms über den 31. Dezember 1995 hinaus zu beteiligen. Auch die CDU-Fraktion hier im Landtag wird nicht bestreiten wollen, daß die Gründe, die zur Auflegung dieses Programms geführt haben, heute genauso zutreffen wie vor fünf Jahren.

Insgesamt 60 Millionen DM werden für ein landesfinanziertes Hochschulsonderprogramm zur Verfügung gestellt, um den 1990 erreichten Stand des personellen Ausbaus bestimmter Studienfächer und die mit der Auflegung dieses Programms erreichte Entlastung einiger Studienfächer zu erhalten.

(B) Mit der Fortsetzung des Hochschulsonderprogramms I trägt die Koalition dazu bei, den Zugang zu den Hochschulen so weit wie möglich offenzuhalten.

(Dr. Hans Kraft [SPD]: Richtig!)

Die Antwort der CDU auf das nach wie vor große Interesse junger Menschen an einer Hochschulbildung ist nicht, auf Bundes- und Landesebene alles dafür zu tun, den Zugang zum Studium sicherzustellen und die Studienbedingungen zu verbessern. Reaktion der CDU auf dieses Interesse junger Menschen ist eine Politik, die darauf hinausläuft, möglichst viele von der Aufnahme eines Studiums abzuhalten. Dieses Ziel soll nicht nur durch zusätzliche finanzielle Belastungen der Studierenden als Folge der Verzinsung des BAFöG-Darlehensanteils erreicht werden; auch die von der CDU-Fraktion vorgeschlagene Neuregelung des Hochschulzugangs soll nichts anderem als diesem Ziel dienen.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Absoluter Quatsch!)

Alle die in dem zu diesem Thema vorgelegten Antrag angedeuteten Verfahrensweisen - lesen

Sie es in Ihrem eigenen Antrag noch einmal nach! - laufen darauf hinaus, daß erst ein Hürdenlauf erfolgreich bestanden werden muß,

(Dr. Hans Kraft [SPD]: Genau so ist es!)

bevor überhaupt an eine Einschreibung nur zu denken ist.

(Dr. Hans Kraft [SPD]: Abschreckung!)

Dies ist eine Politik, die nicht nur Zukunftschancen junger Menschen in Frage stellt, sondern auch dem Interesse an der Sicherung des Wirtschaftsstandortes Nordrhein-Westfalen zuwiderläuft.

In den Haushaltsberatungen ist es gelungen, 139 kw-Vermerke, die an Personalstellen der Universitäten und Gesamthochschulen ausgebracht wurden, um die Ausstattung der Fachhochschule Gelsenkirchen mit Personalstellen zu sichern, bis zum Jahresende 2000 zu verlängern. Außerdem konnte erreicht werden, daß für den Fachhochschulausbau zusätzlich 30 Personalstellen zur Verfügung stehen. Diese Zuwächse im Einzelplan 06 werden größtenteils unter Inanspruchnahme anderer Einzelpläne realisiert. Auch wenn in der Regierungserklärung vom 13. September letzten Jahres angekündigt worden ist, daß zusätzliche Stellen für den Ausbau der Fachhochschulen zuvor im Personalhaushalt des Landes erwirtschaftet werden müßten, so habe ich doch volles Verständnis dafür, daß die Anwendung dieser Verfahrensweise nicht bei allen Kolleginnen und Kollegen Zustimmung gefunden hat.

Umschichtungen im Personalhaushalt zugunsten des Einzelplans 06 sollten von den Hochschulen aber auch als Aufforderung verstanden werden, die ihnen zur Verfügung stehenden Personalstellen so effizient wie möglich einzusetzen. Hierzu gehört, daß vakante Professorenstellen zügig wiederbesetzt werden.

Unvertretbar lange dauernde Berufungsverfahren müssen der Vergangenheit angehören.

Besondere Bedeutung messe ich der Entscheidung der Koalitionsfraktionen zur Aufstockung des "Innovationsprogramms Forschung" um 6 Millionen DM bei. Mit den nun für dieses Programm zur Verfügung stehenden 25 Millionen DM wird es sicher nicht möglich sein, alle die Vorschläge zum Zuge kommen zu lassen, die die Wissenschaftsministerin in ihrem Arbeitsprogramm zur Ausgestaltung des "Innovationsprogramms Forschung" gemacht hat.

(C)

(D)

(Kessel [SPD])

- (A) Ich gehe jedoch davon aus, daß die Auswahl von Projekten deutlich machen wird, worum es uns bei diesem Programm geht. Wir wollen mit diesem Programm insbesondere Forschungsprojekte anregen, die zu Ergebnissen führen, deren Anwendung das hohe Niveau des Wirtschafts- und Produktionsstandortes Nordrhein-Westfalen sichern helfen und die gleichzeitig zur Erreichung wichtiger landespolitischer Ziele beitragen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Aus dieser Bestimmung der Ziele des "Innovationsprogramms Forschung" den Schluß zu ziehen, die Koalition verfolge eine Forschungspolitik, die sich ausschließlich an der Verwertung von Forschungsergebnissen orientiere, wäre falsch.

Nur, wir sind in der Tat der Auffassung, daß das Land bei der Vergabe staatlicher Forschungsmittel - mehr als dies in der Vergangenheit der Fall war - Gesichtspunkte berücksichtigen sollte, die sich an dem Interesse der Menschen an der Sicherung ihrer ökonomischen und ökologischen Lebensbedingungen orientieren.

Besondere Bedeutung kommt bei der Planung der Mittelvergabe der Verbesserung des Transfers von Wissen und Forschungsergebnissen zu. Deshalb sollten insbesondere Projekte von Forschungseinrichtungen, die sich dieses Transfers annehmen, über das Programm gefördert werden.

- (B) Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Zahl der Möglichkeiten, die Mittel des "Innovationsprogramms Forschung" zu verwenden, ist groß. Bei den Entscheidungen für den einen oder anderen Projektvorschlag muß auch berücksichtigt werden, ob und gegebenenfalls in welchem Umfang andere Ministerien an einzelnen Programmschwerpunkten über die Vergabe von Forschungs- und Entwicklungsaufträgen finanziell beteiligt sind. Es macht schließlich wenig Sinn, für Programmteile Projekte und Mittel vorzusehen, für die bereits andere Ressorts Mittel zur Verfügung stellen.

Ich komme zum Schluß. - Bei allen Verbesserungen, die sich aus den Anträgen der Koalitionsfraktionen zum Einzelplan 06 für die Hochschulen ergeben, bleibt doch festzuhalten, daß die Situation unserer Hochschulen nach wie vor durch die Überlastung vieler Studienfächer und durch eine kaum als ausreichend zu bezeichnende finanzielle Ausstattung gekennzeichnet ist. Trotz der hieraus resultierenden Probleme für den den Hochschulalltag - wer wollte diese leugnen - leisten diese Hochschulen Vorbildliches. Dafür sei ihnen hier ausdrücklich gedankt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hoffe, daß der Haushalt des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung in der von den Koalitionsfraktionen vorgelegten Fassung auf breite Zustimmung in diesem Hause stößt. - Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Kollege Kessel. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht die Frau Abgeordnete Fitzek.

Ingrid Fitzek (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Für die gesellschaftliche, ökonomische und ökologische Entwicklung Nordrhein-Westfalens sind Wissenschaft und Forschung unabdingbar. Wir brauchen die wissenschaftlichen Erkenntnisse genauso wie die Qualifikation und Kreativität junger Menschen, um den notwendigen Strukturwandel ökologisch und sozial gestalten zu können.

Wir müssen die Wissenschaftslandschaft so stärken und unterstützen, daß bereits heute Lösungs-ideen für die Probleme von morgen entwickelt werden. Aus dieser Erkenntnis heraus hat die rot-grüne Koalition Wissenschaft und Forschung in Nordrhein-Westfalen Priorität eingeräumt. Das ist ein ambitionierter Anspruch in der Tat, vor allem angesichts der notwendigen Verbesserung der Hochschulsituation insgesamt, den wir nur Schritt für Schritt einlösen können.

So ist der personelle und räumliche Ausbau voranzubringen, Sanierungs- und Instandhaltungsmaßnahmen an Hochschulgebäuden und in Studentenwohnheimen sind durchzuführen. Neben diesen dringenden Aufgaben ist es gleichermaßen wichtig, Mittel zur Verfügung zu stellen, die qualitativere Reformen im Hochschul- und Forschungsbereich fördern.

Die Reform von Studium und Lehre, die nachdrückliche Förderung von Frauen im Wissenschaftsbereich sowie die Förderung einer auf ökologische und soziale Fragestellungen ausgerichteten Forschungstätigkeit sind zentrale Elemente einer zukunftsorientierten Wissenschaftspolitik für Nordrhein-Westfalen.

Durch den rot-grünen Haushalt wird der Einstieg in eine zukunftsorientierte Wissenschafts- und Hochschulpolitik ermöglicht. Der Regierungsentwurf für den Wissenschaftshaushalt - Herr Kessel hat vorhin schon darauf hingewiesen - hat ein

(C)

(D)

(Fitzek [GRÜNE])

(A) Volumen von gut 8 Milliarden DM. Davon entfallen auf die Hochschulen etwa 4,8 Milliarden DM. Das entspricht einer Steigerung um 5,3 % gegenüber 1995.

Der Entwurf des Einzelplans insgesamt ist gegenüber 1995 um 3,3 % gestiegen. Die Quote im Landeshaushalt liegt übrigens bei 1,3 %. Diese Entwicklung ist erfreulich, obwohl mir bewußt ist, daß wir zur Lösung der meisten Probleme durchaus auch mehr Geld hätten sinnvoll einsetzen können. Doch die Möglichkeiten eines Bundeslandes stoßen bei einigen Aufgaben auch an ihre Grenzen, vor allem dann, wenn sich der Bund immer mehr aus seiner Verantwortung im Wissenschaftsbereich herausstiehlt.

Das ist zum Beispiel bei der Ausstattung des Hochschulbauförderungsgesetzes der Fall. Dadurch stehen für den Hochschulbau bundesweit 1,3 Milliarden DM weniger zur Verfügung als es der Wissenschaftsrat empfiehlt. Das vom Bund bisher ersatzlos gestrichene Hochschulsonderprogramm I ist ein weiteres Beispiel für den Sparkurs des Bundes.

Gut 20 Millionen DM mußte das Land aufbringen, um 1996 die 708 in Nordrhein-Westfalen betroffenen Personalstellen zu retten. Ihr Wegfall wäre angesichts der angespannten Personalsituation an den Hochschulen eine Katastrophe.

(B)

(Beifall des Bernd Flessenkemper [SPD])

Überrascht hat mich in diesem Zusammenhang das Verhalten der CDU-Fraktion. Sie fordert drastische Aufstockung der Hochschulbaumittel, da an vielen Hochschulen dringende Bau- und Sanierungsmaßnahmen nicht durchgeführt werden können. Der Bedarf ist richtig erkannt. Aber, meine Damen und Herren von der CDU, verwechseln Sie nicht bewußt wieder die Bundes- und Landesebene!

Warum fordern Sie nicht endlich Ihren Bundesminister Rüttgers auf, seine Verpflichtungen ernst zu nehmen? Sie tun so, als ob das Land Bundesaufgaben ohne weiteres ersetzen und finanziell kompensieren könnte. Dieser durchsichtigen Ablenkungsstrategie geht niemand mehr auf den Leim.

Auffällig war auch, daß Sie als Opposition keinen einzigen Antrag im Rahmen der Haushaltsberatungen eingebracht haben, der in irgendeiner Weise das hochschul- und forschungspolitische Profil der CDU erkennen läßt. Ich frage mich: Haben Sie

keines? Wollen Sie es uns nicht verraten? Oder hat die rot-grüne Koalition mit ihren zukunftsweisenden Konzepten sogar Sie überzeugen können? Letzteres würde mich freuen.

(C)

Die Haushaltsgespräche zwischen den Koalitionsfraktionen zum Wissenschaftshaushalt haben zu einer deutlichen und aus meiner Sicht erfreulichen Verbesserung des Entwurfs des Einzelplans 06 im Sinne des Koalitionsvertrages geführt. Zugunsten des Wissenschaftsbereichs sind Mittel aufgestockt oder ressortübergreifend umgeschichtet worden.

Die aus grüner Sicht wichtigsten Ergebnisse möchte ich skizzieren, obwohl einiges bereits angesprochen wurde.

Im Bereich Personal wird der Ausbau der Fachhochschule Gelsenkirchen weitergeführt, aber ohne die Universitäten und Gesamthochschulen zu belasten. 139 kw-Vermerke sind deshalb zum 31.12.2000 geschoben worden.

Um den Fachhochschulausbau insgesamt voranzubringen, sind 13 unbefristete und 17 befristete zusätzliche Stellen vorgesehen.

Neue Professuren werden für Frauenforschung eingerichtet.

Der Modellversuch "Umweltbeauftragte" an Hochschulen wird mit fünf Stellen an unterschiedlichen Hochschulen gefördert.

(D)

Im Sachmittelbereich werden zentral zusätzliche Mittel eingestellt, um die Hochschulen bei kleinen Um-, Neu- und Erweiterungsbauten zu unterstützen - Maßnahmen, die sie durch erweiterte Spielräume im Zusammenhang mit der Finanzautonomie jetzt selbst in die Hand nehmen können.

Für Sanierungs- und Instandhaltungsarbeiten an Studierendenwohnheimen werden ebenfalls zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt.

Der Bereich Frauen- und Nachwuchsförderung hat für die rot-grüne Koalition besondere Bedeutung. Bis zum Jahre 2005 wird gut die Hälfte der Professuren durch Pensionierungen frei. Um Frauen jetzt die Chance zu geben, endlich auch diese Berufspositionen in nennenswerter Zahl einnehmen zu können, wollen wir wissenschaftlichen Nachwuchs, und dabei schwerpunktmäßig Frauen, fördern. Neben Stipendien und entsprechenden Qualifikationsstellen sind auch erstmalig Wiedereinstiegsstipendien, z. B. nach der sogenannten Familienphase, vorgesehen.

(Fitzek [GRÜNE])

(A) Der Etat, den Frauenbeauftragte zur Verfügung haben, ist in der Regel von den Haushaltsbeschlüssen der jeweiligen Hochschule abhängig. Um die Unabhängigkeit der Frauenbeauftragten zu stärken und ihre Arbeit zu unterstützen, ist der entsprechende Haushaltstitel verdreifacht worden.

Insgesamt stehen auch Mittel zur Verfügung, um Gutachten zur Auswertung der Erfahrungen mit Frauenhochschulen und Frauenstudiengängen vergeben zu können.

Außerdem wird ein Programm zur Personalabsicherung von Existenzgründungen im Hochschulbereich über den Haushalt ermöglicht, damit sich Nachwuchswissenschaftler und -wissenschaftlerinnen von einer gesicherten Halbtagsstelle an einer Hochschule aus schrittweise mit einer eigenen Firma selbständig machen können. Das ist ein sinnvoller Beitrag zum Wissenstransfer von den Hochschulen in die unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereiche hinein.

(B) In der Studienreform haben wir das Programm "Qualität der Lehre" gezielt aufgestockt, weil wir die Hochschulen ermuntern wollen, neue Wege in der Lehre auszuprobieren und Experimente in diesem Bereich zu wagen. Für wissenschaftliche und studentische Hilfskräfte ist auch eine Anpassung ihrer Löhne vorgesehen.

Mit dem Innovationsprogramm Forschung hat sich das Land die Förderung interdisziplinärer Zukunftsprojekte zur Aufgabe gemacht. Die rot-grüne Koalition will gezielt Forschungsanreize in den Bereichen Umwelt, Verkehr, sanfte Chemie, Gesundheit, Produktion, Dienstleistung und im Bereich von Kommunikation und Medien geben. Die Verbindung von ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Möglichkeiten soll hier im Vordergrund stehen. Ich freue mich, daß wir das Volumen um weitere 6 Millionen DM auf insgesamt 25,4 Millionen DM aufstocken konnten.

Zur Forschungsförderung gehört auch, die öffentliche Debatte über kontroverse Forschungsfelder im Blick zu behalten. Wir wollen vor allem die Debatte über die Gentechnik verstärken und Betroffenen, Kritikerinnen und Befürwortern gleichberechtigte Möglichkeiten verschaffen, sich am öffentlichen Meinungsbildungsprozeß zu beteiligen. Zu diesem Zweck sind ebenfalls Mittel im Landeshaushalt eingestellt.

Der Haushalt im Wissenschaftsbereich ist aus grüner Sicht eine positive und gute Arbeitsgrundlage und macht deutlich, daß die rot-grüne Koali-

tion es mit der Priorität für Wissenschaft und Forschung ernst meint. - Danke schön. (C)

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Präsident Ulrich Schmidt: Danke schön, Frau Kollegin Fitzek. - Für die Landesregierung erteile ich der Ministerin für Wissenschaft und Forschung, Frau Brunn, das Wort.

Anke Brunn, Ministerin für Wissenschaft und Forschung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Politik für Bildung und Wissenschaft, für Hochschulen und Forschung ist ein Kernbereich der Landespolitik und hat deshalb auch in der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten vom 13. September, die bereits erwähnt wurde, Priorität zugebilligt bekommen.

Ich denke, die Priorität ist auch notwendig, denn Hochschulen und Forschung, die vielen qualifiziert ausgebildeten jungen Menschen in den Hochschulen, die später in den Beruf und in die Gesellschaft hinausgehen, aber auch die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in den Hochschulen können einen entscheidenden Beitrag dazu leisten, daß das Land vorankommt. Sie tun es auch, sie sind hochmotiviert, arbeiten aber unter schwierigen Bedingungen. Deshalb ist es berechtigt, Priorität für diesen Bereich nicht nur einzufordern, sondern auch zu erhalten, aber zugleich diejenigen, die davon die Nutznießerinnen und Nutznießer sind, also diejenigen, um die es geht, zu ermutigen und zu ermuntern, sorgfältig mit diesen Mitteln und Möglichkeiten umzugehen. (D)

An den Haushaltszahlen wurde eben gezeigt, daß wir mit einer Steigerung von 5,3 %, wenn es um die Hochschulen im engeren Sinne geht, und einer Steigerungsrate von 3,3 %, wenn es um unseren Haushalt im weiteren Sinne geht, tatsächlich auch innerhalb der Landespolitik diese Priorität erhalten haben. Um so mehr ist es eine Verpflichtung, ordentlich damit umzugehen. Die Quote steigt sogar noch leicht, wenn der Landtag die Änderungsanträge, die hier zur Debatte stehen, annimmt.

Sie, Herr Kollege Kuhmichel, haben die neue Kultur des Gesprächs eingefordert. Ich finde das richtig und begründet und will mich da auch gerne bei jeder Gelegenheit beim Wort nehmen lassen. Ich denke, daß wir die Kultur des Gesprächs der Kultur der Klage entgegensetzen müssen; denn das ist die gewohnheitsmäßige Vorgehensweise in unserem Bereich. Wir sollten sehen, was man

(Ministerin Brunn)

- (A) verstärkt machen kann, um den in den Hochschulen Beteiligten den Zugang zu den Informationen zu verschaffen, die sie brauchen, aber auch gleichzeitig die Motivation zu stärken.

Eines der wesentlichen Mittel, die Motivation zu stärken, ist nicht nur einfach mehr Geld, sondern es ist die Einräumung von Spielräumen für die Gestaltung eigener Aktivitäten. Das haben wir in der letzten Zeit ganz stark gemacht. Sie wissen, daß ich das mit großer Unterstützung des Landtags habe machen können. Seit 1992 konnten wir das Projekt "Hochschule und Finanzautonomie" vorantreiben, zunächst mit zwei Hochschulmodellen in Wuppertal und Bochum. Im vergangenen Jahr wurde es ausgedehnt auf alle Universitäten und Fachhochschulen, ab diesem Jahr auch auf alle Kunsthochschulen.

Die Hochschulen haben im Land Nordrhein-Westfalen so große Spielräume wie in keinem anderen Bundesland. Sie haben die Freiheit, selbstverantwortlich mit den Mitteln umzugehen. Darauf können wir gemeinsam stolz sein; denn wir haben ihnen nicht gleichzeitig irgendwelche Mittel abgezogen, sondern sie können tatsächlich zusätzliche Gestaltungsspielräume nutzen. Es kommt nun darauf an, daß die Hochschulen effizient und transparent arbeiten und die gewonnenen Spielräume nutzen für die Qualität von Forschung und Lehre.

- (B) Übrigens haben wir auch die leistungsorientierte und erfolgsorientierte Mittelzuweisung verstärkt. Auch hier hat Nordrhein-Westfalen eine sehr weitgehende, bundesweit die weitgehendste Regelung. Inzwischen verteilen wir 35 % der Mittel für Forschung und Lehre nach sehr einfachen und nachvollziehbaren Parametern. Es werden hoffentlich nächstes Jahr 50 % der Mittel sein, jedenfalls haben wir das mit den Hochschulen so besprochen. Jetzt kommt es darauf an, daß die Hochschulen für die interne Mittelvergabe die Qualitäts- und Leistungskriterien weiterentwickeln. Ich erfahre hierzu aus den Hochschulen, daß sehr interessante Modellprojekte erprobt werden, um die Transparenz und die Rechenschaftslegung, aber auch die innere Entwicklungsmöglichkeit und die innere Handlungsfähigkeit der Hochschulen zu verstärken. Ich glaube, das ist der notwendige Weg.

Präsident Ulrich Schmidt: Frau Ministerin, würden Sie eine Zwischenfrage von Herrn Trinius zulassen?

Anke Brunn, Ministerin für Wissenschaft und Forschung: Ja, gerne.

(C)

Reinhold Trinius (SPD): Frau Ministerin, Sie nannten im Zusammenhang mit der Hochschulfinanzautonomie die Fachhochschulen, die Universitäten, die Gesamthochschulen und die Kunsthochschulen. Weshalb dürfen die Musikhochschulen die Musik nicht selber machen?

Anke Brunn, Ministerin für Wissenschaft und Forschung: Das sollten sie. Sie sollten die Musik selber machen, und sie machen sie auch. Die Kunst- und die Musikhochschulen spielen die Musik auf dem Gebiet der Finanzen selbst. Ich hoffe, daß ich Ihre Frage richtig verstanden habe.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es wurden eben schon die Hochschulsonderprogramme erwähnt. Das ist für uns ein großer Sorgenpunkt; denn das Hochschulsonderprogramm I wird mit Bundesunterstützung nicht mehr fortgeführt. Der Bund hat seine Beteiligung beendet. Wir konnten damit wichtige neue Studienangebote schaffen und 708 Stellen in Universitäten und Fachhochschulen insbesondere in den Fächern Informatik und Wirtschaftswissenschaften einrichten. Es ist ganz unverzichtbar, das fortzusetzen, was dort eingeleitet und gut in Gang gebracht wurde.

(D)

Nun ist das Land auf sich alleine angewiesen. Wir können aber nicht alle ausfallenden Bundesmittel ersetzen. Darum müssen die Hochschulen, was den Sachmittelanteil und das Hilfspersonal betrifft, auch ihren Teil zur Erwirtschaftung des Hochschulsonderprogramms I erbringen. Wir haben die Stellen deshalb zunächst einmal beibehalten, um festzustellen und abzuwarten, was sich aus den weiteren Verhandlungen mit dem Bund über ein zusammengefaßtes Hochschulsonderprogramm entwickelt.

Hier kann ich nur sagen, daß wir allen Grund zum Pessimismus haben; denn es ist gegenwärtig überhaupt kein positives Signal von der Bundesebene zu erwarten. Der Bund wartet ab, und auf diese Weise spart er sich zu Lasten der Hochschulen und zu Lasten der Länder noch kränker, als er gegenwärtig schon ist. Im vergangenen Jahr war man auf Bundesebene angeblich wegen der Haushaltsplanberatungen 1996 nicht Gesprächsfähig und nicht bereit, Zahlen zu nennen, im vergangenen Winter angeblich nicht wegen ausstehender Gesetzesberatungen. Jetzt ist totale

(Ministerin Brunn)

- (A) Funkstille eingetreten, so daß wir nun über die Ministerpräsidenten und den Bundeskanzler das Gespräch mit der Bundesebene führen müssen.

Leider ist beim Zukunftsminister momentan von Zukunft nicht mehr viel zu spüren. Die Hochschulen werden klein geschrieben, die Forschung so klein wie noch nie seit 25 Jahren auf der Ebene Bundes, und die Studierenden sind auch außerordentlich im Nachteil auf der Ebene der Bundespolitik. Das finde ich sehr bedauerlich. Es ist ganz unangemessen, gegen Ende des Jahrhunderts mit einem solchen Tiefpunkt der Bildungs- und Forschungspolitik auf Bundesebene auf seiten des Landes umgehen zu müssen. Es schadet dem ganzen Bereich. Es schadet auch die Verachtung, die dem Hochschulbereich von seiten des Bundes entgegengebracht wird.

Meine Damen und Herren, wir haben durch die Landesregierung, aber auch noch einmal verstärkt durch den Landtag - wenn Sie diesen Haushalt beschließen -, im Innovationsprogramm Forschung ausgesprochen positive Möglichkeiten erhalten. Es ist eben bereits erwähnt worden, daß wir gerade hier in wichtigen Zukunftsfeldern der Landespolitik unsere Anstrengungen verstärken wollen, sowohl was die Anwendung und verantwortungsvolle Weiterentwicklung moderner Medien und Informations- und Kommunikationstechnologien betrifft, aber auch was die Frage verkehrssparender und verkehrsoptimierender Verkehrstechnologien betrifft, ferner medizinische Verfahren, umweltschonende Materialien und Produkte, um nur einige Beispiele zu nennen. Wir wollen ausdrücklich nicht nur die technischen Felder verstärken, sondern auch die Geisteswissenschaften zum Beispiel durch geisteswissenschaftliche Zentren zur Kooperation und Modernisierung ihrer Arbeitsweise bringen.

- (B) Meine Damen und Herren, der Fachhochschulausbau ist nicht gestoppt. Die Angst, die Herr Kuhmichel nannte, die aber auch ein bißchen zum Geschäft gehört, ist nicht begründet. Wir setzen den Ausbau der Fachhochschulen Gelsenkirchen und Rhein-Sieg fort. Das ist schon eine große und wichtige Anstrengung. Ich freue mich, daß der Landtag es uns ermöglicht, 30 neue Stellen im Fachhochschulbereich einzurichten. Ich denke, daß wir gut beraten sind, sie konzentriert für eine wichtige prioritäre Aufgabe einzusetzen. Ich denke dabei daran, das Verbundstudium der Fachhochschulen dauerhaft zu sichern und zu verstärken. Das wäre eine wichtige Möglichkeit, die ich gern prioritär hier vorsehen möchte.

Es sind zusätzliche Möglichkeiten und Mittel für die Frauenförderung im Hochschulbereich vorgesehen. Auch hier wird man sehen müssen, daß wir unser Programm so aktualisieren, daß das Neue nicht etwa nur die Gießkanne und die Verschwendung hervorruft, sondern daß die bisherigen Programme verantwortungsvoll und sinnvoll weiterentwickelt werden.

Ich freue mich besonders, daß wir für den Studentenwohnraumbau, das heißt die Reparatur von Studentenwohnheimen, aber auch für kleinere Reparaturen im Hochschulbereich in den Baubereichen insgesamt mehr als 10 Millionen DM zusätzlich bekommen werden. Wir können das Geld auch ausgeben. Das ist bei solchen Mitteln ja auch wichtig. Es ist etwas, was Arbeit schafft, vor allen Dingen auch in mittelständischen Betrieben. Ich glaube, daß wir gerade im Baubereich dringend darauf angewiesen sind, daß von den Maßnahmen der Landespolitik Impulse ausgehen.

Ich danke Ihnen meine Damen und Herren, für Ihre Aufmerksamkeit und hoffe, daß Sie den Veränderungen zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

- (C) **Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Meine Damen und Herren, die Zahl der Wortmeldungen ist erschöpft. Ich **schließe die Beratung.**

Wir haben **abzustimmen** über den Einzelplan 06 entsprechend der Beschlussempfehlung Drucksache 12/806, so daß ich Sie frage, ob Sie dieser Beschlussempfehlung Ihre Zustimmung geben möchten. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist die **Beschlussempfehlung Drucksache 12/806** mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU-Fraktion **angenommen** worden.

Ich komme zurück zum

- Einzelplan 05: Ministerium für Schule und Weiterbildung,**

über den noch die **Abstimmung** vorzunehmen ist.

Dazu gibt es einen **Änderungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 12/823**, der verschiedene Kapitel betrifft; Stichworte: I. Ungerechtigkeiten im Schulbereich abbauen - Unterrichten statt verwalten, II. Sicherung des Unterrichts bei steigen-